

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Rathaus der Zukunft, Berlin Mitte
OJ S 157/2024 13/08/2024
Wettbewerbsbekanntmachung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, V M 1 - Vergabestelle für den Öffentlichen Hochbau

E-Mail: vergabe-hochbau@senstadt.berlin.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Rathaus der Zukunft, Berlin Mitte

Beschreibung: Der Wettbewerb wird als offener, zweiphasiger, interdisziplinärer Realisierungswettbewerb mit freiraumplanerischem Ideenteil nach RPW 2013 und nachgeschaltetem Verhandlungsverfahren nach Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) durchgeführt. Die 1. Phase ist offen für Architekt:innen. Weitere Fachplanungen der 1. Phase sind als Berater:innen / Sonderfachleute möglich. Das Preisgericht wählt aus der 1. Phase 15 bis 20 Teilnehmer:innen in die 2. Phase aus, die sich in der 2. Phase durch Landschaftsarchitekt:innen, Ingenieur:innen der Tragwerksplanung und Ingenieur:innen der Technischen Ausrüstung verstärken müssen. Die Architektenkammer Berlin und die Baukammer Berlin wirken entsprechend der RPW 2013 vor, während und nach dem Wettbewerb beratend mit. Mit der Erteilung der Registriernummer AKB-2024-03 der Architektenkammer Berlin wird bestätigt, dass die Auslobungsbedingungen der RPW 2013 entsprechen. Die Termine des Wettbewerbsverfahrens sind den Auslobungsunterlagen unter <https://ovf.wettbewerbe-aktuell.de/de/wettbewerb-41824> zu entnehmen.

Kennung des Verfahrens: 7ac68049-3bdc-40b9-b3ed-9d60e560199e

Interne Kennung: WBW-RDZ

Verfahrensart: Sonstiges zweistufiges Verfahren

Zentrale Elemente des Verfahrens: In der Mitte Berlins auf dem Areal „Haus der Statistik“ soll ein urbanes Quartier mit besonderer programmatischer und sozialer Mischung entwickelt werden. Mit breiter Mitwirkung der Zivilgesellschaft entstehen Flächen mit einem Nutzungsmix aus Kultur, Bildung, Sozialem, öffentlicher Verwaltung und bezahlbarem Wohnraum.

Grundlage der Entwicklung ist ein städtebaulicher Rahmenplan, der auf Basis des Ergebnisses eines städtebaulichen Werkstattverfahrens von 2018/2019 erarbeitet und im Februar 2024 beschlossen wurde. Gegenstand des Wettbewerbs ist ein Rathaus-Neubau, der im Rahmen der städtebaulichen Entwicklung auf dem nördlichen Grundstücksteil des Areals errichtet werden soll. Der Neubau soll Nutzungen und Funktionen des momentanen Rathauses des Bezirks Mitte in der Karl-Marx-Allee 31 ersetzen und in einem zukunftsorientierten Verwaltungsgebäude Platz für weitergehende Funktionen anbieten. Der Neubau setzt sich aus öffentlichen Flächen (z.B. Bibliothek, Kantine, Ausstellung), teil-öffentlichen sowie Flächen für die Fachämter des Bezirksamtes Mitte zusammen. Das

moderne Verwaltungsgebäude soll das Areal des Quartiers maßgeblich mitprägen. Erwartet wird eine vorbildliche Planung, die durch ein überzeugendes Gesamtkonzept aus architektonischer Gestalt, modernen Nutzungs- und Arbeitsplatzkonzepten in Zusammenspiel mit einem nachhaltig und integral geplanten Tragwerk und Energiekonzept wegweisend für einen modernen Verwaltungsbau ist und so dem Anspruch an ein Rathaus der Zukunft gerecht werden kann. Die Planung der direkt angrenzenden Freianlagen des gesamten Bereiches rund um das Rathaus ist Bestandteil der Realisierung. Als freiraumplanerischer Ideenteil soll das Areal entlang der Otto-Braun-Straße im Wettbewerb mit betrachtet werden und als Grundlage für einen nachfolgenden freiraumplanerischen Realisierungswettbewerb dienen. Für den Neubau wird eine Nachhaltigkeitszertifizierung in BNB „Gold“ angestrebt. Für eine bestmögliche Öko-Bilanz des Neubaus soll der Rathausneubau mit dem höchstmöglichen Anteil von nachwachsenden Rohstoffen, insbesondere Holz, gebaut werden. Bei den darüber hinaus nötigen Rohstoffen soll verstärkt darauf geachtet werden, dass sie aus recyceltem Material sind (gemäß Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin vom 20.08.2020). Für den Rathausneubau liegt ein bewilligtes Bedarfsprogramm mit Baukosten in Höhe von 114,08 Mio. Euro brutto (KG 300-400) vor. Für die Freianlagen (KG 500, inkl. Ideenteil) sind insgesamt 9,5 Mio. EUR brutto veranschlagt. Für den Realisierungsteil der KG 500 (ca. 1.100 m²) sind 1,04 Mio. EUR brutto veranschlagt. Das Raumprogramm des Neubaus beträgt 19.412 m² Nutzungenflächen. Das Bauvorhaben wird aus Mitteln des Landes Berlin finanziert. Das Ergebnis des Realisierungswettbewerbs wird als Planungsgrundlage in die Aufstellung eines Bebauungsplans für das Gesamtareal einfließen. Geplanter Beginn der Baumaßnahme ist 2029, Fertigstellung und Inbetriebnahme des Rathauses ist für 2034 geplant.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000

Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10178

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Die Kommunikation im Wettbewerb erfolgt über wettbewerbe aktuell: <https://ovf.wettbewerbe-aktuell.de/de/wettbewerb-41824>.

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Zum Beurteilungsverfahren im Planungswettbewerb: Das Beurteilungsverfahren des Preisgerichts erfolgt in beiden Wettbewerbsphasen gemäß RPW 2013, § 6 Abs. 2 und Anlagen VI und VII der RPW 2013. Die Beurteilungskriterien im Wettbewerb sind für beide Phasen in der Wettbewerbsauslobung ausführlich aufgeführt, u. a. städtebauliches, architektonisches Gesamtkonzept / Anordnung, Gliederung Baumassen / Adress-, Identitätsbildung / Ablesbarkeit / architektonische Gestalt / Funktionalität / Erschließung / Zugänglichkeit / Grundrisse, Raumzuschnitte, Flexibilität / Belichtung, Belüftung / Erfüllung Raumprogramm / Anordnung öffentliche, halböffentliche Nutzungen / Organisation auf den Etagen / Barrierefreiheit / Konstruktion, Tragwerk, Material, Technik / Energie- und Nachhaltigkeitskonzept / Realisierbarkeit, Genehmigungsfähigkeit. Freiraum: Raumbildung, Orientierung, Identität / Einbindung in den städtebaulichen Rahmenplan / Barrierefreiheit / städtebauliche, freiräumliche Verflechtung / Aufenthaltsqualität / ökologische, klimarelevante

Qualitäten. Der Katalog der Beurteilungskriterien (RPW 2013, Anlage I) dient der Strukturierung der Vorprüfung und Beurteilung der Wettbewerbsarbeiten durch das Preisgericht. Die genannte Reihenfolge der Kriterien stellt keine Gewichtung dar. Das Preisgericht behält sich vor, die einzelnen Kriterien zu gewichten und in der 2. Phase die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung vor der Preisgerichtssitzung in seine Entscheidung einzubeziehen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

VgV - Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge

Sonstige - Richtlinie für Planungswettbewerbe (RPW 2013)

Sonstige - Leitfaden zur Durchführung von Wettbewerben gemäß IV 104 der Allgemeinen Anweisung für Vorbereitung und Durchführung von Bauaufgaben Berlins (ABau Berlin, Dezember 2013)

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: Vergabeverordnung (VgV) und Richtlinie für Planungswettbewerbe- RPW 2013

2.1.6. Ausschlussgründe

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Von der Teilnahme ausgeschlossen sind jene Personen, die unter die Teilnahmehindernisse laut § 4 (2) RPW 2013 fallen wie Personen, die unmittelbar an der Vorbereitung und Erstellung der Auslobung oder Durchführung des Wettbewerbs beteiligt sind oder auf die Entscheidung des Preisgerichts Einfluss nehmen können. Gleiches gilt für Personen, die sich durch Angehörige oder ihnen wirtschaftlich verbundene Personen einen entsprechenden Vorteil oder Einfluss verschaffen können.

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Das Nichtvorliegen der Teilnahmerechtigungen (siehe 5.1.9, erstes Kriterium) führt zum Ausschluss aus dem Wettbewerbsverfahren. Im nachgeschalteten VgV-Verfahren prüft der AG die Befähigung und Erlaubnis der Preisträger:innen zur Berufsausübung durch Nachweis der Berechtigung zur Führung der entsprechenden Berufsbezeichnungen. Es gelten die gesetzlichen zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123 bis 126 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB). Im nachgeschalteten Verhandlungserfahren muss eine Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) oder – bei Vorliegen eines oder mehrerer Ausschlussgründe – Erklärung zur Selbstreinigung im Sinne des § 125 GWB abgegeben werden.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Rathaus der Zukunft, Berlin Mitte

Beschreibung: Nach der Entscheidung des Planungswettbewerbs (Abschluss 2. Phase) gibt das Preisgericht eine schriftliche Empfehlung für die weitere Bearbeitung der Wettbewerbsaufgabe. Unter Würdigung der Empfehlungen des Preisgerichts erfolgt die weitere Beauftragung auf der Grundlage eines Verhandlungsverfahrens gemäß VgV. Zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren ist die Anmeldung auf der Vergabepattform des Landes Berlin <https://www.berlin.de/vergabepattform/registrierung> erforderlich. Vor der Verhandlung prüft der Auftraggeber das Vorliegen der Eignung anhand der unter Punkt 5.1.9 bekanntgegebenen Eignungskriterien. Die Preisträger:innen müssen daher die unter Punkt 5.1.9 geforderte Eignung anhand der benannten Eignungsnachweise belegen. Eignungsleihe nach § 47 VgV ist möglich. Der Auftraggeber verhandelt unter Würdigung der Empfehlung des Preisgerichts zunächst mit dem/der 1. Preisträger:in über die Auftragsvergabe. Sollten der

Beauftragung des/der 1. Preisträger:in wichtige Gründe entgegenstehen, beispielsweise wenn trotz Verhandlungen das Honorarangebot nicht akzeptabel ist oder zentrale vertragliche Regelungen nicht akzeptiert werden, werden alle Preisträger:innen zu Verhandlungen aufgefordert. Die Wertung der Angebote erfolgt anhand der Zuschlagskriterien, die unter Punkt 5.1.10 und den Informationsunterlagen zum Verhandlungsverfahren, die den Auslobungsunterlagen beiliegen, beschrieben sind. Der Auftraggeber behält sich darüber hinaus vor, den Auftrag auf Grundlage der Erstangebote zu vergeben, ohne in Verhandlung einzutreten (vgl. § 17 Abs. 11 VgV). Die Beauftragung wird an ein Architekturbüro als Generalplanende oder eine Bietergemeinschaft von Architekt:innen als Generalplanende erfolgen. Die Beauftragung erfolgt gemäß ABau Berlin in Leistungsstufen. Die Auftraggeberin beabsichtigt, mit Vertragsabschluss die Leistungsstufe 1, Lph 2 bzw. Lph 1 - 2 gem. den unten aufgeführten Leistungsbildern zu beauftragen. Darüber hinaus sieht der AG vor, den AN mit weiteren Leistungen der nachfolgenden Leistungsstufe 2, Lph 3 bis 4 und Lph 5 in Teilen (u. a. für kosten- und terminrelevanten Details), für das Leistungsbild Gebäude und Innenräume mit der künstlerischen Oberleitung (Teile Lph 8) sowie mit Besonderen Leistungen zu beauftragen. Es ist vorgesehen, die Lph 5 bis 8 gesondert in einem EU-weiten VgV-Verfahren zu vergeben. Eine Beteiligung der Teilnehmer:innen des Wettbewerbs an dem gesonderten Vergabeverfahren ist dabei grundsätzlich möglich. Die Beauftragung der jeweils nächsten Leistungsstufe kann insbesondere nur bei Vorliegen der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen erfolgen. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung der jeweils nächsten Leistungsstufe besteht nicht. Der Entwurf der Generalplanervertragsunterlagen ist zur Information den Bekanntmachungs- und Wettbewerbsunterlagen unter <https://ovf.wettbewerb-aktuell.de/de/wettbewerb-41824> beigelegt. Folgende Leistungsbilder sollen stufenweise beauftragt werden: A) Übergeordnete Leistungspflichten Generalplaner. B) Objektplanung Gebäude und/oder Innenräume gem. §§ 33 ff. HOAI, Lph 2-4, in Teilen Lph 5 und 8 (künstlerische Oberleitung). C) Objektplanung Freianlagen gem. §§ 38 ff. HOAI, Lph 2-4, in Teilen Lph 5. D) Objektplanung Ingenieurbauwerke gem. §§ 41 ff. HOAI, Lph 2-4, in Teilen Lph 5. E) Objektplanung für Verkehrsanlagen gem. §§ 45 ff. HOAI, Lph 1-4, in Teilen Lph 5. F) Tragwerksplanung gem. §§ 49 ff. HOAI, Lph 1-4, in Teilen Lph 5. G) Fachplanung Technische Ausrüstung gem. §§ 53 ff. HOAI, Anlagengruppen 1 bis 6, 7.1 und 8, Lph 1-4, in Teilen Lph 5. H) Fachplanung für das Leistungsbild Bauphysik – Wärmeschutz und Energiebilanzierung gem. HOAI, Anlage 1.2.3, Phase 2-4. I) Fachplanung für das Leistungsbild Bauphysik – Bauakustik (Schallschutz), gem. HOAI, Anlage 1.2.3, Phase 1 teilweise, 2-4. J) Fachplanung für das Leistungsbild Bauphysik – Raumakustik, gem. HOAI Anlage 1.2.3, Phase 1 teilweise, 2-4. K) Fachplanungen für das Leistungsbild Geotechnik gem. HOAI, Anlage 1.3, geotechnischer Bericht. L) Planungsleistungen im Bereich der oberflächennahen Geothermie, Phase 1.2-4. M) Leistungen für Brandschutz, Phase 1-4. N) Leistungen für die Nachhaltigkeitszertifizierung gem. BNB, Lph 1-5. O) Fachingenieurleistungen für die Fassadentechnik inkl. PV, Phase 1.1-1.3, 2.1. P) Spezifische Leistungspflichten für die Planung eines Wegeleit- und Informationssystems. Q) Spezifische Leistungspflichten für die Höhenzugangs- und Instandhaltungsplanung, Lph 1-5. R) Spezifische Leistungspflichten für die Planung der Barrierefreiheit, Phase 1-5. Im Falle einer weiteren Beauftragung werden im Rahmen des Verfahrens erbrachte Leistungen bis zur Höhe des Preisgeldes nicht neu vergütet, wenn der abgegebene Entwurf in seinen wesentlichen Teilen unverändert der weiteren Bearbeitung zugrunde gelegt wird (RPW 2013 § 8 Absatz 2). Architekt:innen, die nicht Mitglied der Berliner Architektenkammer sind, werden gemäß § 6 Bau- und Architektenkammergesetz verpflichtet, sich bei Auftragserteilung im Verzeichnis auswärtiger Architekt:innen der Architektenkammer Berlin eintragen zu lassen. Bei Bedarf wird die Hinzuziehung eines Kontaktarchitekturbüros empfohlen. Die Baumaßnahme wird gemäß ABau – Allgemeine Anweisung für die Vorbereitung und Durchführung von Bauaufgaben

Berlins – durchgeführt. Die folgenden Termine werden Vertragsgrundlage: Vorlage VPU: 60 Wochen nach Zuschlagserteilung; Vorlage BPU: 52 Wochen nach Abschluss der Prüfung VPU; Einreichung Baugenehmigung: 12 Wochen nach Abschluss der Prüfung BPU; künstlerische Oberleitung: 300 Wochen nach Baubeginn.
Interne Kennung: WB-RDZ

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000

Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Teilnahmberechtigung im Wettbewerbsverfahren

Beschreibung: Teilnahmeberechtigt sind gem. § 4 (1) RPW 2013 Architekt:innen sowie in der 2. Phase Architekt:innen in Verfassendengemeinschaft mit Landschaftsarchitekt:innen sowie mit Tragwerksplaner:innen und TGA-Planer:innen und im Sinne von Ziffer 1 bis 3: 1.

Natürliche Personen, die freiberuflich tätig sind und am Tag der Bekanntmachung gemäß Rechtsvorschriften ihres Heimatstaates zur Führung der Berufsbezeichnung Architekt:in, Landschaftsarchitekt:in, Ingenieur:in der Technischen Ausrüstung und der Tragwerksplanung berechtigt sind. Ist in dem jeweiligen Herkunftsland der Person die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachliche Voraussetzung als Architekt:in,

Landschaftsarchitekt:in, Ingenieur:in der Technischen Ausrüstung und der Tragwerksplanung, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG vom 07.09.2005 des Europäischen Parlaments und des Rates, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU, gewährleistet ist. 2.

Juristische Personen, zu deren Geschäftszweck die der Wettbewerbsaufgabe entsprechenden Fach-/ Planungsleistungen gehören, sofern die Verfasser:innen die an die natürlichen Personen gestellten Anforderungen erfüllen. 3. Bewerbergemeinschaften aus natürlichen Personen und/oder juristischen Personen, sofern alle Mitglieder zusammen die Anforderungen nach Ziffer 1 und 2 erfüllen. Bewerbergemeinschaften sind mithin teilnahmeberechtigt, wenn die Bewerbergemeinschaft insgesamt die fachlichen Anforderungen erfüllt.

Mehrfachteilnahmen sind nicht zulässig. Nach Abschluss des Wettbewerbs prüft der Auftraggeber gemäß §79 Abs. 5 Satz 4 vGV, ob die Preisträger:innen über eine Teilnahmberechtigung verfügen und die geltenden Wettbewerbsregeln eingehalten haben.

Die Zulassungsvoraussetzungen für die Teilnehmenden müssen am Tag der Veröffentlichung erfüllt sein. Die Teilnahmberechtigung ist von den Bewerber:innen sorgfältig und eigenverantwortlich zu prüfen (§ 4 (1) RPW 2013) und auf Aufforderung nachzuweisen. Die Preisvergabe und weitere Beauftragung stehen unter dem Vorbehalt, dass die Teilnehmer:innen die Teilnahmberechtigung erfüllen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Berufliche Qualifikation im nachgeschalteten VgV-Verfahren

Beschreibung: Nach Abschluss des Wettbewerbs prüft die Ausloberin im Verhandlungsverfahren, ob die Preisträger:innen eine einwandfreie Ausführung der Planungsleistung gewährleisten können. Die Mindestanforderungen (Eignungskriterien)

hinsichtlich der wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind nachfolgend genannt. Preisträger:innen können gemäß § 47 VgV zur Erfüllung der nachfolgenden Kriterien die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen (Eignungsleihe), indem sie im Anschluss an den Wettbewerb mit diesen Partner:innen kooperieren.

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Berufliche Qualifikation des Projektteams im nachgeschalteten VgV-Verfahren

Beschreibung: Gemäß Zusatzerklärung zur EEE. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung: Eintrag in einem einschlägigen Berufsregister. Der Wirtschaftsteilnehmer ist in den einschlägigen Berufsregistern seines Niederlassungsmitgliedstaats verzeichnet; aufgelistet in Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU; Wirtschaftsteilnehmer aus bestimmten Mitgliedstaaten müssen ggf. andere in jenem Anhang aufgeführte Anforderungen erfüllen (z.B. das „Vereinsregister“, das „Partnerschaftsregister“ und die „Mitgliederverzeichnisse der Berufskammern der Länder“). Nachweis der Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt:in“ für Projektbearbeiter:in Objektplanung, „Ingenieur:in“ für Projektbearbeiter:in Technische Ausrüstung und Tragwerksplanung sowie „Landschaftsarchitekt:in“ für Projektbearbeiter:in Freianlagenplanung durch Bescheinigung der Ingenieur- beziehungsweise Architektenkammer; oder für die Mitgliedstaaten der EU: Bescheinigungen oder Erklärungen über die Berufsausübung entsprechend der RL 2013/55/EU.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Mindestanforderung im nachgeschalteten VgV-Verfahren – Umsätze der letzten drei Jahre

Beschreibung: Angabe des Mindestjahresumsatzes netto in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Der durchschnittliche Jahresumsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags darf für Leistungen der Objektplaner:innen Gebäude 1,0 Mio. €, Landschaftplaner:innen 200.000 €, der Tragwerksplaner:innen 300.000 € und der Fachplaner:innen Technische Ausrüstung 500.000 € nicht unterschreiten. Die Aufstellung muss getrennt nach Jahren und Leistungen, bei Bietergemeinschaften nach Jahren und Leistungen je Mitglied erfolgen.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Mindestanforderung im nachgeschalteten VgV-Verfahren –

Berufshaftpflichtversicherung:

Beschreibung: Eigenerklärung über das Bestehen einer aktuell gültigen Haftpflichtversicherung eines in der EU zugelassenen Versicherers mit einer Deckungssumme je Schadensereignis von mindestens 5,0 Mio. € für Personenschäden und mindestens 3,0 Mio. Euro für Sach-, Vermögens- und sonstige Schäden; die Versicherung muss eine Zusatzdeckung für Generalplanerleistungen enthalten, mit zweifacher Maximierung p.a. Für den Fall, dass eine solche Versicherung nicht besteht, ist eine Eigenerklärung vorzulegen, dass im Auftragsfall eine Versicherung zu den vorgenannten Bedingungen abgeschlossen wird oder die Erklärung des Versicherers über den Abschluss einer solchen. Bei Bietergemeinschaften muss von jedem Mitglied eine Versicherung zu den o. g. Bedingungen beziehungsweise eine Erklärung zum Abschluss einer solchen nachgewiesen werden. Der Nachweis von nur einem Mitglied genügt lediglich dann, wenn der Versicherungsschutz die Beteiligung an einer Arbeitsgemeinschaft und die Versicherung aller weiteren Mitglieder der

Arbeitsgemeinschaft erfasst. Dies ist mit Abgabe des Eignungserklärung unaufgefordert nachzuweisen.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Mindestanforderung im nachgeschalteten VgV-Verfahren – Nachweise von Referenzen

Beschreibung: Auflistung geeigneter Referenzen, die in den letzten 10 Jahren vor Veröffentlichung der Bekanntmachung fertiggestellt wurden, jeweils mit Kurzbeschreibung unter Nennung des Auftraggebers mit aktueller Ansprechperson und Kontaktdaten, Projektname, Art/Nutzungszweck des Gebäudes, Ort, Größe (m² BGF beziehungsweise Gesamtfläche bei Freianlagen), Kosten (KG 300 + 400 beziehungsweise KG 500 bei Freianlagen), erbrachte Leistungsphasen (LP), Honorarzone (HZ) und Jahr der Fertigstellung (Abschluss LP 8): 1) Mindestens 1 Referenz über Generalplanerleistungen für ein geplantes öffentliches Gebäude als Sonderbau, bei dem die Koordinierung von mindestens drei der nachfolgend genannten Leistungsbildern (Gebäude, Tragwerk, techn. Ausrüstung, Freianlagen, Bauphysik, Brandschutz etc.) nachgewiesen wird mit Bauwerkskosten i.H.v. mindestens 25,0 Mio. € (KG 300-KG 500, brutto), mindestens LP 2-5 nach § 34 HOAI und mindestens HZ III nach § 35 HOAI. 2) Mindestens 1 Referenz für eine Tragwerksplanung eines mehrgeschossigen Bürogebäudes mit Bauwerkskosten i.H.v. mindestens 20,0 Mio. € (KG 300 + 400, brutto), mindestens LP 2-5 nach § 51 HOAI, mindestens HZ III nach § 52 HOAI. 3) Mindestens 1 Referenz für die Planung der Technischen Ausrüstung eines öffentlichen Gebäudes als Sonderbau mit Bauwerkskosten i.H.v. mindestens 10,0 Mio. € (KG 400, brutto), mindestens LP 2-5 nach § 55 HOAI, mindestens HZ II nach § 56 HOAI und mindestens drei Anlagengruppen. Die oben genannten Referenzen können in einem oder mehreren Projekten nachgewiesen werden. (Eigenerklärung). Die Auftraggeberin behält sich vor, weitergehende Nachweise zu fordern, falls Anhaltspunkte oder Zweifel an der Eignung oder den Erklärungen bestehen sollten.

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Mindestanforderung im nachgeschalteten VgV-Verfahren

Beschreibung: Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) oder – bei Vorliegen eines oder mehrerer Ausschlussgründe – Erklärung zur Selbstreinigung im Sinne des § 125 GWB

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 15

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 20

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Organisation, Qualifikation und Erfahrung des mit der Ausführung des Auftrags betrauten Personals (Projektteam). Unterkriterien: Qualifikation und Erfahrung des benannten Personals (6 Pkt.); Erfahrung des Projektteams (4 Pkt.). Gemäß Matrix Zuschlagskriterien.

Gewichtung (Punkte, genau): 10

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung Qualität - Projektumsetzung, Qualität und Plausibilität des Ablaufplans und Darstellung der Instrumente Schnittstellenplanung. Unterkriterien: Ablaufplan Projektbearbeitung mit Dauer und Meilensteinen (13 Pkt.); Baustelleneinrichtungsplanung /Logistikkonzept "light" (3 Pkt.); Brandschutz (2 Pkt.); Fassade und Dach (2 Pkt.). Gemäß Matrix Zuschlagskriterien.

Gewichtung (Punkte, genau): 20

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung Honorarangebot Gesamt. Wirtschaftlichkeit Honorarangebot: Bewertung: Punkte Bieter X = 20 (maximale Punktzahl). Die Punktevergabe des Kriteriums „Preis“ wird über eine Verhältnisformel ermittelt. Der günstigste Bieter erhält die maximale Punktzahl (20), der teuerste Bieter erhält im Verhältnis zum günstigsten einen abgestuften Punktsatz. Formel: $(\text{Angebot X} / \text{Angebot Y}) * \text{maximale Punktzahl Angebot Y} = \text{Angebot, welches bewertet wird.}$ Angebot X = günstigstes Angebot

Gewichtung (Punkte, genau): 20

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung Wettbewerbsergebnis: 1. Preis: 50 Punkte / 2. Preis: 30 Punkte / 3. Preis: 0 Punkte

Gewichtung (Punkte, genau): 50

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://ovf.wettbewerbe-aktuell.de/de/wettbewerb-41824>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Wettbewerbsbedingungen:

Die Entscheidung der Jury ist für den Erwerber bindend: ja

Mitglieder der Jury: Fachpreisrichter:innen: Prof. Maria Clarke, Architektin / Prof. Elisabeth Endres, Architektin / Axel Lohrer, Landschaftsarchitekt / Birgit Rapp, Architektin / Prof. Dr. Mike Schlaich, Ingenieur für Tragwerksplanung

Mitglieder der Jury: Stellvertretende Fachpreisrichter:innen: Rita Ahlers, Architektin, Roger Boltshauser, Architekt / Prof. Andreas Garkisch, Architekt / Prof. Matthias Rudolph, Ingenieur für Gebäudetechnologie u. klimagerechtes Entwerfen / Bernhard Schwarz, Landschaftsarchitekt

Mitglieder der Jury: Sachpreisrichter:innen: Prof. Petra Kahlfeldt, Senatsbaudirektorin, SenSBW / Dr. Jan Herres, SenSBW, Referatsleitung V B / Stefanie Remmlinger, Bezirksbürgermeisterin / Ephraim Gothe, Bezirksstadtrat

Mitglieder der Jury: Stellvertretende Sachpreisrichter:innen: Anina Böhme, SenSBW, Referatsleitung II A / Dr. Christian von Oppen, SenSBW, Leitung der Stabstelle Architektur, Stadtgestaltung, Planung / Christoph Keller, Bezirksstadtrat / Christopher Schriener, Bezirksstadtrat / Kristina Laduch, Leiterin des Fachbereichs Stadtplanung, Bezirksamt Mitte

Preis:

Wert des Preises: 158 000,00 EUR

Platzierung des Preisempfängers in der Rangliste: 1

Zusätzliche Informationen: Realisierungsteil 2. Phase

Preis:

Wert des Preises: 98 000,00 EUR

Platzierung des Preisempfängers in der Rangliste: 2

Zusätzliche Informationen: Realisierungsteil 2. Phase

Preis:

Wert des Preises: 59 000,00 EUR

Platzierung des Preisempfängers in der Rangliste: 3

Zusätzliche Informationen: Realisierungsteil 2. Phase. Weiterhin werden in der 2. Phase vergeben: 2 Anerkennungen je 39.500 € und für den Ideenteil 2. Phase (Konzept Freiraum): 1. Preis Ideenteil: 59.000 €. 2. Preis Ideenteil: 35.000 €. 3. Preis Ideenteil: 23.000 €. Zusätzlich wird eine Aufwandsentschädigungen von insgesamt 400.000 € zu gleichen Teilen unabhängig von den Preisgeldern an alle Teilnehmer:innen aufgeteilt, die vom Preisgericht zugelassen werden und in der 2. Phase eine prüffähige Arbeit einreichen. Die Wettbewerbssumme (§§ 7 und 9 RPW 2013) von insgesamt 911.000 € wurde auf der Basis der §§ 34, 39, 51 und 55 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) ermittelt. Mit der Zahlung der Preisgelder und Anerkennungen sind grundsätzlich sämtliche Ansprüche (ausgenommen zu Folgeaufträgen) der Teilnehmer:innen am Wettbewerb abgegolten. Das Preisgericht kann einstimmig eine andere Verteilung beschließen oder Preisgruppen bilden. Die Mehrwertsteuer von derzeit 19 Prozent ist in den genannten Beträgen nicht enthalten und wird den inländischen Teilnehmern zusätzlich ausgezahlt. Im Falle einer weiteren Bearbeitung werden durch den Wettbewerb bereits erbrachte Leistungen des Wettbewerbsteilnehmenden bis zur Höhe des zuerkannten Preises nicht erneut vergütet, wenn der Wettbewerbsentwurf in seinen wesentlichen Teilen unverändert der weiteren Bearbeitung zugrunde gelegt wird (RPW 2013 § 8 Absatz 2).

Jeder Dienstleistungsauftrag im Anschluss an den Wettbewerb wird an einen der Gewinner des Wettbewerbs vergeben

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 16/10/2024 23:59:59 (UTC+2)

Informationen über die Überprüfungsfristen: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Im Übrigen sind Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen nach Kenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der zuständigen Vergabekammer zu stellen (§ 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)). Die o.a. Fristen gelten nicht, wenn der Auftraggeber gemäß § 135 Absatz 1 Nr. 2 GWB den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist. Setzt sich ein Auftraggeber über die Unwirksamkeit eines geschlossenen Vertrages hinweg, indem er die Informations- und Wartepflicht missachtet (§ 134 GWB) oder ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, kann die Unwirksamkeit nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht,

endet die Frist 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (§ 135 GWB).

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Vergabekammer des Landes Berlin

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Berlin

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Wettbewerbe aktuell

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Wettbewerbe aktuell

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer des Landes Berlin

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, V M 1 - Vergabestelle für den Öffentlichen Hochbau

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, V M 1 - Vergabestelle für den Öffentlichen Hochbau

Registrierungsnummer: 0204:11-1300000V01-71

Abteilung: Abteilung V - Hochbau - Referat V M, V M 1 - Vergabestelle für den Öffentlichen Hochbau

Postanschrift: Fehrbelliner Platz 2

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10707

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

Kontaktperson: SenStadt, Abteilung V - Hochbau - Referat V M, V M 1 - Vergabestelle für den Öffentlichen Hochbau

E-Mail: vergabe-hochbau@senstadt.berlin.de

Telefon: +49 30901393342

Internetadresse: <https://www.berlin.de/sen/sbw/>

Profil des Erwerbers: <https://www.berlin.de/vergabepattform/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Berlin

Registrierungsnummer: 11-1300000V00-74

Postanschrift: Martin-Luther-Straße 105

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10825

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabekammer des Landes Berlin

E-Mail: vergabekammer@senweb.berlin.de

Telefon: +49 30 9013 8316

Fax: +49 30 9013 7613

Internetadresse: <https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaftsrecht/vergabekammer/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Wettbewerbe aktuell

Registrierungsnummer: DE142115269

Abteilung: Online Wettbewerbsabwicklung

Stadt: Freiburg

Postleitzahl: 79100

Land, Gliederung (NUTS): Freiburg im Breisgau, Stadtkreis (DE131)

Land: Deutschland

Internetadresse: <https://ovf.wettbewerbe-aktuell.de/de/wettbewerb-41824>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

11. Informationen zur Bekanntmachung

11.1. Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: fb8d9d9d-422b-4353-accf-546582a39b3a - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Wettbewerbsbekanntmachung

Unterart der Bekanntmachung: 23

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 12/08/2024 07:50:06 (UTC)

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

11.2. Informationen zur Veröffentlichung

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 487123-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 157/2024

Datum der Veröffentlichung: 13/08/2024